

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2018-01-23

Antragsteller: Stadtvertretung/Fraktionen
/Beiräte
Bearbeiter/in: Fraktion DIE LINKE,
Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Telefon: (03 85) 5 45 29 57

**Antrag
Drucksache Nr.**

01343/2018

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Verbot unabgesprochener politischer Meinungsäußerungen für Beschäftigte des
Mecklenburgischen Staatstheaters

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, das Schreiben des Intendanten des Mecklenburgischen Staatstheaters mit dem Titel „unabgesprochene politische Äußerungen“ vom 18.01.2018 zu bewerten. Darüber hinaus soll er die Stadtvertretung darüber in Kenntnis setzen, ob und ggf. wie die Landeshauptstadt Schwerin als Mitgesellschafterin mit diesem Sachverhalt umzugehen gedenkt und inwieweit sie gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern des Mecklenburgischen Staatstheaters auf die Rücknahme der Untersagung unabgesprochener politischer Meinungsäußerungen drängen wird.

Begründung

Am 18.01.2018 wurden die Beschäftigten des Mecklenburgischen Staatstheaters durch ein Schreiben des Intendanten dazu aufgefordert, „unabgesprochene politische Meinungsäußerungen“ künftig zu unterlassen. Dabei wurde Bezug auf das Hausrecht des Geschäftsführers und Intendanten genommen. Für den Fall der Nichtbeachtung wurde darauf hingewiesen, dass dies einen Verstoß gegen arbeitsvertragliche Pflichten bedeute. Grund für dieses Schreiben seien „erhebliche Schwierigkeiten“ derartige Meinungsäußerungen gegenüber Sponsoren, Trägern und Partnern wieder „gerade zu rücken“. Die BILD Zeitung titelte dazu in ihrer Ausgabe vom 23.01.2018 „Intendant verpasste Darstellern Maulkorb“. Aus Sicht der Antragstellerin ist ein solches Vorgehen, noch dazu an einem Theater inakzeptabel. Die Kunstfreiheit, die dem Schutz künstlerischer Ausdrucksformen dient, ist nicht umsonst eines der am stärksten geschützten Grundrechte.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

☐ ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

☐ nein

Anlagen:

keine

gez. Henning Foerster
Fraktionsvorsitzender
Fraktion DIE LINKE

gez. Cornelia Nagel
Fraktionsvorsitzende
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN